

für Halle vierteljährlich bei zweimonatiger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Der unterzeichnete eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernehmen. Inadrem nur mit Quellenangabe: „Saale-Zeitung“ eingetrag.

Saale-Zeitung.

Günzundvierzigster Jahrgang.

werden die Gekoppelte Kolonietheile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg., berechnet und in meinen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expositionen angenommen.

Erhalten täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Druck-Verlag: Halle, Gr. Brauburgstraße 17; Redaktionsgebäude: Markt 24.

Die kommunalen Zweckverbände.

Der neue Minister des Innern Herr von Dallwitz hat offenbar den Ehrgeiz, zu zeigen, daß er mehr sein will als ein Rad im Betriebe der preussischen Bureaucratie, und da er sich für absehbare Zeit an der Wahlreform nicht verschließen kann, so hat er dem preussischen Landtage wenigstens zwei Vorlagen über den Ausbau der Selbstverwaltung zugehen lassen.

nur ein Drittel der sämtlichen Eide zu befehlen, aber es muß fast 64 Prozent des Geldbedarfs aufbringen. Da auch im allgemeinen die Beihilfe mit einfacher Mehrheit gefaßt werden sollen, und nur bei Bauarbeiten eine Zweidrittelmehrheit gefordert wird, so befürchtet man in Berlin nicht ohne Grund, daß der Zwangsverband für die Gemeinde zu einer großen finanziellen Last werden und die städtischen Finanzen völlig ruinieren könnte.

„Die Not der Gegenwart.“

Oberpräsident Hegel bei der Reichsgründungsfeier in Magdeburg.

„Aus Magdeburg, 16. Januar, mit uns gemeldet: Zu der geliebten vom Vorhange deutschnationaler nicht parteipolitischer Vereinigungen der Stadt Magdeburg veranstalteten Reichsgründungsfeier war auch Oberpräsident v. Hegel erschienen, der im Laufe der Feier das Wort zu folgender, von stürmlichem Beifall begleiteter Rede ergriff: „Vorzig Jahre sind seit der Gründung des Deutschen Reiches verfloßen, wahrlich Anlaß genug zu dankbarer Rückblick in die Vergangenheit, zu nachdenklicher Umschau auf die Gegenwart und zur zielbewußten Umschau in die Zukunft.“

Serzen liegt. Aber wir sind hierher gekommen, um Zeugnis abzulegen davon, daß uns dies nicht verzagen und verarmelt läßt am Vaterland, daß die alte Begeisterung wie vor 40 Jahren noch in unseren Herzen lebet und der Glaube an das Vaterland uns so befelet, daß wir an dem Worte festhalten: „Am deutschen Wesen wird nach mal die Welt genesen.“ Gegen die lautsprechlichen Bestrebungen müssen wir protestieren und so lange noch ein Atem in uns ist, treu und fest halten zum Herrscherthum und zum Kaiserthum.

Deutsches Reich.

Das Zuwachssteuergesetz

wird in der „Nationalliberalen Corr.“ von dem Ratssyndikus Link, M. d. R., recht scharf beurteilt. Hg. Lind schreibt unter andern:

„Am 11. Januar hat die zur Beratung des Zuwachssteuergesetzes eingesetzte Kommission die 3. Sitzung beendigt und den umfangreichen Bericht festgestellt, und schon für den 16. Januar ist die 2. Sitzung des Gesetzes im Reichstagsplenum in Aussicht genommen. Reichsregierung und Reichstag haben es offenbar sehr eilig, das Schicksal dieses vielumstrittenen Gesetzes lenken zu lernen. Und das ist begreiflich. Ist doch der Etat 1911/12 nur mit Hilfe der aus der Zuwachssteuer erwarteten Einnahmen bilanzirt, sollen doch die Ausgaben für die neue Heeresorgane und für die verbesserte Veteranenfürsorge aus der Zuwachssteuer bestritten werden, und ist somit die Arbeit der Budgetkommission und die Eratberatung wesentlich von dem Schicksal der Zuwachssteuer abhängig. Die Annahme des Gesetzes ist aber keineswegs sicher, jedenfalls nicht so sicher, wie man nach dem Ausfall der Gesamtabstimmung über das Gesetz in der Kommission glauben könnte, in welcher das Gesetz beim Zählen von 6 Kommissionenmitgliedern und bei 6 Stimmenentscheidungen mit 5 gegen 1 Stimme angenommen worden ist.“

Zum Schluß seiner Ausführungen wirt Hg. Lind die Frage auf, ob die Steuer überhaupt erzieglich ist? Lind meint, daß diese Frage mit Sicherheit nicht zu beantworten sei. „Zwar wird man nach den Darlegungen der Regierungsvorrede annehmen dürfen, daß die Befürchtung, ihre Einführung werde auf die Erzieglichkeit der Umlastungen einen wesentlichen nachteiligen Einfluß ausüben, nicht begründet ist, aber sichere Unterlagen für die Höhe ihres Ertrages liegen nicht vor, das bezügliche Material ist, wie es nach Lage der Sache nicht anders sein kann, unvollständig und lückenhaft.“

Feuilleton.

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Zu der von uns telegraphisch gemeldeten konstituierenden Versammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin erfahren wir noch: Den Vorsitz führte Kultusminister v. Trost zu Solz; an der Versammlung nahmen etwa 100 Personen, darunter 33 der bisherigen Stifter für die Gesellschaftszwecke, teil. In seiner Begrüßungsansprache erinnerte der Kultusminister an die tairische Kundgebung anläßlich des Berliner Universitätsjubiläums, bei der der Kaiser hinweisend auf die Deen Wilhelm v. Humboldts über die Organisation der wissenschaftlichen Forschungen die Notwendigkeit darzulegen hatte, größere Mittel als bisher, vor allem zur Begründung wissenschaftlicher Forschungsinstitute, in den Dienst der Wissenschaft zu stellen, und die operwichtige Mitarbeit wohlhabender Persönlichkeiten auszufragen hatte. Anschließ hatte der Kaiser in Aussicht gestellt, unter seinem Protektorat und Namen eine Gesellschaft zu berindern, deren Aufgabe es sein sollte, in diesem Sinne wirksam zu sein. Der Minister teilte mit, daß er vom Kaiser beauftragt worden sei, die Begründung der Gesellschaft in die Wege zu leiten; er habe demzufolge unter Beistand einer größeren Anzahl von Stiftern aus den verschiedenen Teilen des Landes einen Sachauswärt aufstellen lassen, der den Vernehmlichen hier vorzulegen werde, damit sie über die endgültige Fassung Beschluß fassen könnten. Abschließend betonte der Minister, wie mit der Förderung der naturwissenschaftlichen Forschung auch wirtschaftliche Interessen von größter Bedeutung in Hand gehen. Er schloß daher, daß gerade in diesem Falle weitestehende Verständis für die hohen Aufgaben vorhanden sei, die der zu gründenden Gesellschaft in der Förderung des Kulturfortschritts auf menderlei Gebieten obliegen würden. Die Verammlung trat darauf in die Beratungen des vorliegenden Satzungsentwurfes ein, der mit wenigen Änderungen angenommen wurde. Nach den gemachten Beschlüssen wird die Mitgliedschaft in der Gesellschaft erworben durch einen

Aufnahmebeitrag von 20 000 Mark. Der jährliche Beitrag ist auf 1000 M. festgelegt, kann aber in Notfall fallen, falls der Aufnahmebeitrag mindestens 40 000 Mark beträgt.

Das Stistungskapital, dessen Höhe der Kaiser in seiner Rede vom 12. Oktober v. J. selbst auf 9-10 Millionen angegeben hat, ist ungefähr auf 11 Mill. M. zu erhöhen. Organe der Gesellschaft sind außer der Hauptversammlung der Senat und der Verwaltungsausschuss. In den Senat hat die Gesellschaft durch Wahl mindestens 10 Mitglieder zu ernennen, während die Ernennung weiterer Senatoren dem Kaiser als Protektor vorbehalten bleibt.

Am Anfaßlich an die Konstituierung der Gesellschaft fand alsbald die Wahl von 10 Senatoren statt, die dem Kaiser zur Bestätigung vorzulegen ist. Der Kultusminister schloß mit Dankesworten, indem er der nimmer ins Leben getretenen Gesellschaft bestes Gelingen für ihre bedeutungsvollen Aufgaben wünschte.

Aus der Verammlung sprach Czyprienk Sarriak allen denen, die an den vorbereitenden Arbeiten mitgewirkt haben, insbesondere dem Kultusminister für die aufopferungsvolle Förderung des Planes den wärmsten Dank namens der Versammelten aus. An den Kaiser erfolgte die Abwendung eines Huldigungstelegramms.

Das Schicksal des Kieler Stadttheaters.

(Nachdr. verb.) S. & H. Kiel, 11. Jan. Eine Auseinandersetzung zwischen dem Prinzen Heinrich und dem Theaterintendanten eines Kieler Theaters hat vor kurzem die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse beim Kieler Stadttheater gelenkt, dessen Schicksal die Bürgerchaft bewegt. Stammers erzählt die „Deutsche Journalistik“ über die weitere Entwicklung der Angelegenheit folgendes: Der Vorstand des Bürgervereins-Ausschusses hat eine die Theaterfrage betreffende Eingabe an die städtischen Kollegien gerichtet, welche in dem Satze anfaßt, daß die Theaterkommission „mit ihren didaktischen Einfüssen“ ihre Aufgabe von Anfang an bis auf diesen Tag ganz falsch verstanden, die freie künstlerische Entfaltung gehemmt und die mangelnde Rentabilität der Theater verurteilt habe. Damit wird also der Theaterkommission

alle Schuld zugeschoben und gleichzeitig eine Theaterverpachtung „unter ausdrücklicher Bedingung eines Theaterbetriebes auf künstlerischer Höhe“ verlangt. Hiergegen wendet sich ein erheblicher Teil der Bürgerchaft, der bei der künftigen Regierungverwaltung verharren will und in der Hebergabe des Theaters an einen Pächter eine schwere Schwächung derselben erblickt. In einer öffentlichen Erklärung wird u. a. zunächst der Theaterkommission gemachte Vorwur zu entkräften versucht und darauf hingewiesen, daß das Theater eine adäquate Zahl neuer Opern und Schauspielwerke von Strauß, v. Albert, Büchner, Saint Saens, Heibel, Björnstrom, Zahn und anderen aufgeführt habe, daß es also Effektivität und Kommission an künstlerischer Initiative nicht habe fehlen lassen und doch sei der Erfolg ausgefallen. Hierfür wird die unangünstige wirtschaftliche Lage der Bevölkerung Kiels verantwortlich gemacht. Man zahlt hier 230 Prozent fiktive Steuern, was die Gänder und Kaufleute zwingt, einen erhöhten Aufschlag auf ihre Waren zu legen, infolgedessen ist das Leben in Kiel fast ärmlich teuer und es sei, so wird ausgeführt, nur natürlich, daß, wer nicht durch Beruf oder Besitz an Kiel gebunden, diese Stadt flieht, und daß der, der gebunden sei, an den Stellen, wo er sich einschränken könne, dies auch tue. Beide Einflüsse seien Schuld an dem schwachen Besuch des Theaters, das im letzten Jahre einen städtischen Zuschuß von 106 000 Mark verlangt hat. Es wird gegen die Verpachtung geltend gemacht, daß der Unternehmer gezwungen sei, kein Augenmerk vornehmlich auf die Kasse machenden minderwertigen Stücke zu richten, während es eine fiktive Pflicht der Stadt sei, auch die weniger Kasse machenden klassischen Werke der Jugend vorzuführen. Darin liegt nicht nur die Berechtigung des Regiebankens, sondern auch die Pflicht der Stadt, Mittel für diese Bildungszwecke herzugeben. Es werde sich aber in der gegenwärtigen Lage wohl kaum ein Unternehmer finden, der ohne jeden Zuschuß das Theater übernehme. Wenn man bereit, daß die einzige durch Verpachtung zu erhaltende Summe mit 1/4 Prozent des städtischen Etats noch nicht ein Prozent der direkten Steuern ausmacht, so sollte man es sich in Kiel doch überlegen, ob viele Erparnis das Aufgeben oder die Einschränkung der Aufsichtsführung über das Theater rechtfertigt. Nicht mit Unrecht fürchtet man in Kiel, daß für die Pächter der Rollenfolge das entscheidende Moment bilde und „Die große Renue“ und „Der Teufel lacht dem“ der Gipselpunk der im Bürgerverein verlangten „künstlerischen Höhe“ sein würde.

Soviel ist aber sicher, daß diese Steuer in ihren Erträgen ungenüher schwand und von der wirtschaftlichen Konjunktur abhängig ist, so daß es gewagt erscheint, auf sie gleichbleibende Ausgaben des ordentlichen Etats zu gründen.

Große Besorgnisse sind nach der Richtung geltend gemacht worden, daß die Steuer der Grundbesitzsteuer hemmen und erschweren werde. Zum Glück ist eine in dieser Beziehung recht verhängnisvolle Bestimmung von der Kommission ausgemerzt worden, nämlich daß die Auflassung des Grundstücks von vorzeitiger Zahlung der Steuer oder vorgängiger Sicherheitsleistung abhängig sein solle. Immerhin ist auch nach den jetzigen Bestimmungen eine nachteilige Einwirkung auf den Grundbesitzverkehr möglich. Denn die oft nicht unbeträchtliche Steuer muß im Regelfalle bar bezahlt werden. Wie oft aber scheitert schon jetzt ein Verkauf daran, daß ein Käufer mit genügender Anzahlung nicht zu finden ist. Künftig wird der Verkäufer einen Käufer finden müssen, der ihm eine Anzahlung mitbringen in Höhe der Steuer leisten kann. Wäre der Verkauf nicht dadurch erschwert, ja unmöglich gemacht, Käufer wird bei Erteilungen die auf dem Verkauf ruhende, bei späterem Verkauf durch den das Grundstück übernehmenden Käufer zu zahlende Zuzuschüsse, deren Höhe zur Zeit der Erteilung unbekannt und unerschöpfbar ist, in vielen Fällen große Schwierigkeiten bereiten und oft die Erteilung unmöglich machen. Die auf dem Nachschuß gewissermaßen latent ruhende Zuzuschüsse werden auf diese Weise führen, daß die Erben zum Verkauf des Grundstücks schreiten müssen."

Streikereise.

Vom Niederrhein wird den „Reisiger N. N.“ geschrieben: Von den hiesigen Gerichten sind in jüngster Zeit zahlreiche Verurteilungen wegen Streikereisen im Sinne des § 163 der Gewerbeordnung erfolgt, wobei es charakteristisch ist, daß sämtliche Reurteilten den freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften angehören. So verurteilte das Düsseldorf-er Schöffengericht neuerdings einen Elektromonteur, der im Auslande einem Arbeitswilligen geholfen hatte, daß er ihm die Knochen kaputt schlagen werde, zu 5 Tagen Gefängnis. Vom Schöffengericht in Reuf wurden drei Statutaire, die sich anlässlich des dortigen Statutaire-Ausstandes ähnliche Ausstreifungen zuzuschreiben kommen ließen, zu je 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Weitere Verurteilungen sind erfolgt an den Gerichten in Ebersfeld, Remscheid, Solingen und Mülheim am Rhein.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung der vorstehenden Nachricht wird der Inhalt eines Rundschreibens bekannt, das der Verband sozialistischer Industrieller an seine Mitglieder gerichtet hat, in dem er zum Kampf gegen den sozialdemokratischen Terrorismus auffordert. In dem Rundschreiben heißt es:

„Es sind uns gerade in letzter Zeit eine Reihe von Fällen bekannt geworden, wonach die Mitglieder sozialdemokratischer Gewerkschaften sich gewiegelt haben, mit auf nationalem Boden stehenden Arbeitern zusammenzutreffen, um die um die Arbeit durchzuführen, auch nicht danach zurückzuführen, Streiks zu initiieren oder die ihnen nicht zu Wissen gehenden Firmen zu kontaktieren, wie dies beispielsweise die Brauerei zum Glanischen Bergeller in Dresden in letzter Zeit erfahren hat. Unseres Erachtens ist eines der wirksamsten Mittel, den Kämpfern der Sozialdemokratie zu begegnen, darin zu liegen, daß die nicht sozialdemokratisch organisierten Arbeiter gegenüber dem Terrorismus und dem Bonifat ihrer Genossen den Schutz der betreffenden Firmen genießen. Wir richten daher hienach in Interesse der auf nationalem Boden stehenden Arbeiter an unsere Mitgliedsfirmen die Bitte, nach Möglichkeit bei Regierung sozialdemokratisch organisierter Arbeiter mit Nichtorganisierten oder Angehörigen der auf nationalem Boden stehenden Organisationsvereinigungen, den Beziehungen, der Sozialdemokratischen Arbeiterhand zu leisten. Anionderheit bitten wir ferner, keine Vereinbarungen mit den freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften zu treffen, kraft welcher nicht sozialdemokratisch organisierte Arbeiter von der Beschäftigung in den Betrieben der vertragsgebenden Industriellen ausgeschlossen oder die Arbeitgeber gezwungen werden, Arbeitskräfte lediglich von einer bestimmten Arbeitsnachweise zu beziehen, wodurch eine Entlohnung der auf nationalem Boden organisierten oder der nichtorganisierten Arbeiter bezweckt und erreicht wird.“

Wir sind der Meinung, so läßt sich das Rundschreiben, daß diese Fälle der breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden müssen, daß namentlich auch in den geschriebenen Anträgen über diese Ausschreitungen berichtet werden muß, denn nur auf diese Weise ist es möglich, derartigen Uebergriffen wirksam zu begegnen und die Behörden zu veranlassen, gegen die zweifelslos in dieser Richtung vorhandenen Mißstände auf Grund der bestehenden Gesetzesbestimmungen einzuschreiten.

Nachrichtigung über den neuen Postetat.

Aus Berlin wird gemeldet: In einer von 3000 unteren Telegraphen- und Postbeamten befehlachten Versammlung, die gestern in der „Neuen Welt“ stattfand, wurde nach einem Referat des Verbandssekretärs Kemmers der Mitteilung über den neuen Postetat Ausdruck gegeben.

Die Wiener Bischofsfrage.

Die Wiener Politische Korrespondenz meldet: Die kürzlich mit voller Zustimmung der preussischen Regierung durch den Vatikan erfolgte Ernennung des Prälaten Klose zum Suffraganbischof von Gneseu bewog, den kirchlichen Dienst in diesem Teile der Diözese Wien zu erleichtern. Das Gerücht, Klose solle später als Erzbischof von Wien vorgehoben werden, ist unbegründet. Weber die preussische Regierung nach der Vatikan nicht diese Berufung in Erwägung. Die Frage der Bezeichnung des Wiener Erzbischoflichen Stuhles bleibt somit im bisherigen Stande, und voraussichtlich wird die Reorganisation der Diözese durch den Kapitulat Hlowski noch längere Zeit dauern.

Aus den Kolonien.

Klage der Diaviminen-Gesellschaft.

Aus Aden meldet der Draht: Eine große Anzahl Süderländerbergarbeiter, die in Südwestsafrika in den Bergwerken der Diaviminen-Gesellschaft beschäftigt waren und dort an Bleivergiftung schwer erkrankten, sind vor Ablauf ihres Vertrages in ihre Heimat zurückgeführt. Da die Minen-Gesellschaft durch die Abreise der weißen Arbeiter in

gleitliche Verlegenheit geriet, strengte sie gegen diese Arbeiter einen Prozeß gegen die pflichtigen Sträges des Arbeiters vor. Ein Staatsminister, der Lindesquith hat nunmehr eine Verfügung der Sachlage angeordnet, und das kaiserliche Gouvernement in Südwestsafrika mit der Unterstufung der Angelegenheit beauftragt.

Hof- und Personalmeldungen.

Nach einem telegraphischen Bericht des „Tribuna“ in Rom verlautet dort, daß Kaiser Wilhelm demnächst im Apulien einreisen wird.

Ausland.

Die Unruhen in Portugal.

Paris, 15. Januar. „Imparcial“ meldet, in Portugal seien die Revolventen einberufen worden, sie weigerten sich aber, dem Geseilschaftsbehele Folge zu leisten. Die Behörden von Campo major hätten dringend um Entsendung von zwei Bataillonen ersucht, zu welchem Zweck ist unbestimmt. Zwei habe die Regierung dies abgelehnt mit dem Bemerkten, sie verfüge nicht über eine hinreichende Zahl von Truppen.

Unter der Bevölkerung Portugals herrscht über die durch den Eisenbahnstreit hervorgerufenen Unruhen große Erbitterung. Die Eisenbahngesellschaft hat ihren Angehörigen folgende Zugeländnisse gemacht: Die niederen Lohnklassen erhalten eine tägliche Zulage von 100 Reis (45 Pfg.), allen Angestellten wird ein jährlicher Urlaub von 20 Tagen gewährt, während dem die volle Gehalt gezahlt wird; die Arbeitszeit in den Werkstätten wird auf 9 Stunden festgelegt; die Pensionen erhalten jährliche Zuschüsse von 1000 Reis; künftigen Angestellten werden jährliche Prämien geliefert und die Streikende sollen als Urlaubstage angesehen und bezahlt werden. Trotzdem dauerte Sonntag der Eisenbahnerausstand in vollem Umfange fort, ebenso der Streik von 3000 Metallarbeitern, die meist karbonarischen Vereinigungen angehören.

Auch der Gasstreik währte fort, dürfte aber rasch ein Ende nehmen, da das Volk die Gefahr der ungelagerten Streiks einzusehen gelernt. Die Gasanstalten, deren Arbeiter sich im Auslande befinden, von hiesigen Kanalarie, und Sanitärer-Abteilungen beauftragt. Die Elektrizitätsarbeiter der öffentlichen Beleuchtungsanlagen sind Sonntag ebenfalls in den Ausstand getreten. Der Dienst der fremden Gasarbeiter wird von Feuerwehrenten verjagt. Truppen von ausländischen Metallarbeitern machten vergebliche Versuche, die Weber zu sich hinüberzuführen.

Wie sehr die Bevölkerung erbittert ist, berichtigt folgende Depesche:

Lissabon, 15. Januar. Das Lissaboner Volk verjagte die Streikenden aus dem Bahnhof, der mit allem Material dem Jägerbataillon übergeben wurde, nachdem das Volk dem Streikkomitee das Versprechen abgenommen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Durch das Einschreiten der Bevölkerung wurde das Abgehen von Zügen erzwungen. Der Streikpreß wird wieder verkehren. Am feinsten, ob auf der Strecke keine Störung vorhanden ist, wird vorher ein Probezug abgelassen werden. In der Hauptstadt kam es auch zu Zusammenstößen zwischen den Staatstruppen und den Streikenden. Die ausländischen Gasarbeiter haben Gewand und Grütungen begehrt. Die Truppen gingen teilweise mit den bewehrten gegen die Ausländer vor.

London, 16. Jan. Die hiesige portugiesische Gesandtschaft erhielt ein offizielles Telegramm aus Lissabon, welches lautet: Nachdem der Bahndienst durch die glückliche Intervention der portugiesischen Regierung beendet worden war, wurde der Bahndienst heute in allen Teil des Landes wieder aufgenommen.

Kaiser Franz Josefs Befinden.

Aus Wien wird gemeldet: Der Kaiser hat Sonntag die angekündigte erste Ausfahrt seit seiner letzten Erkrankung unternommen. Er fuhr in geschlossener Cavaliere von Schönbrunn zur Hofburg, von der hienach überall lebhaft begrüßt. Vorher empfing der Kaiser seinen Verwandten, Graf Ignazowie, einen französischen Kavallerie-Leutnant, der mit dem Hauke Habsburg-Lothringen vermandt ist und sich dem Monarchen vorstellte. Am Nachmittag hatte der Kautius Fürst Granito di Belmonte Abschiedsaudienz.

Strafendemonstrationen in Frankreich.

Paris Journal“ meldet aus Bordeaux: Sonntag nachmittag nach einer Beräumung, welche von dem Syndikatsverband der Arbeiterpartei des Departements einberufen worden war, um Stellung in Sachen des zum Tode verurteilten Durand zu nehmen, kam es zu Kundgebungen. Die Arbeiter zogen mit einer roten Fahne an der Spitze durch die Straßen der Stadt. Die Polizei mußte einschreiten, um die Kundgeber zu zerstreuen. Es entstand ein lebhaftes Handgemenge, wobei mehrere Polizeigenossen und Kundgeber verletzt wurden; einige Verhaftungen erfolgten.

Das neue Schweizer Kuhetagegeld verworfen.

Bern, 16. Jan. Im Kanton Solothurn wurde gestern mit 9000 gegen 8000 Stimmen das neue Kuhetagegeld verworfen. Die Vorstände der drei politischen Parteien hatten es zur Annahme empfohlen. Verschiedene partische Verbände, sowohl Arbeitgeber als Arbeitnehmer, opponierten.

Der Streit der englischen Seeleute.

Aus London wird gemeldet: Weber den in Aussicht stehenden Streit der Seeleute sind nur wenige Einzelheiten bekannt. Doch scheint die Möglichkeit vorhanden, daß in einigen Monaten ein weit ausgreifender Ausstand der Seeleute und Transportarbeiter ausbricht, an dem auch die Seeleute von Deutschland, Schweden, Norwegen, Holland, Belgien, Dänemark und den Unionstaaten teilnehmen werden. Die Gewerkschaft der Seeleute erklärte auf Anfrage, sie habe über die Möglichkeit des Ausstandes keine Erklärung zu machen.

Die türkisch-montenegroischen Grenzfreistreitigkeiten.

Aus Saloniki wird gemeldet: In leitenden jungtürkischen Kreisen wird verkehrt, daß kein erster Grund zur Beunruhigung für das Frühjahr vorliege, Weber die Albaner noch die Griechen und Bulgaren

könnten eine erfolgreiche Aktion einleiten, zumal ihnen die Unterstützung der Bevölkerung fehlen würde. Was die Unruhen in der montenegroisch-türkischen Grenze anlangt, so seien Delegierte in die betreffenden Gegenden abgegangen, um die Lage genau zu studieren. Wolligfalls werde die Regierung eine energische Abwehr treffen.

Kleine Tagesnachrichten.

Der Wiener Gemeinderat in Paris. Aus Paris wird gemeldet: Eine Abordnung des Wiener Gemeinderats ist hier eingetroffen und vom Präsidenten und zahlreichen Mitgliedern des Munizipalrats am Bahnhof empfangen worden.

Weltausstellung Paris 1920.

Auf die vom Handelsministerium veranstaltete Umfrage über die Möglichkeit einer Weltausstellung im Jahre 1920 hat die Mehrzahl der Handelskammern und der übrigen interessierten Körperschaften bereits geantwortet. Drei Viertel der Gutachten sprechen sich gegen eine Weltausstellung aus.

Provincial-Nachrichten.

Mordversuch in Leipzig.

Aus Leipzig meldet uns ein Privattelegramm: Gestern nachmittag unternahm der frühere Buchhändler Schröder im Hauke Thomasing Nr. 2 auf den Vertreter Schlegel einen Mordversuch. Schröder feuerte auf Schlegel aus einem scharf geladenen Revolver eine Anzahl Schüsse ab, wozu Schlegel drei in die Schulter und einer in die rechte Hand traf. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Verletzte in das Krankenhaus gebracht. Die beiden Frauen früher in geschäftlicher Verbindung, gerieten aber später in Differenzen, welche auch die Gerichte beschäftigten. Der Täter wurde festgenommen.

Dazu berichtigte die „Leipz. N. N.“ folgende Einzelheiten: Am gestrigen Sonntag nachmittag in der 3. Stunde unternahm der frühere Buchhändler Carl Hermann Schröder, geboren am 21. Dezember 1851 in Zwickau, in dem Haus Nr. 2 des Grundstückes Thomasing Nr. 2 auf den hiesigen Vertreter Emil Hermann Schlegel, geboren am 8. November 1874 in Clauswitz, Eisenstraße 70 part. wohnhaft, einen Mordversuch. Schröder feuerte aus einem scharf geladenen Revolver 4-8 Schüsse auf Schlegel ab. Schlegel, der drei Schüsse in die Schulter und einen in die rechte Hand erhalten hatte, wurde zunächst nach der Sanitätskuche und von da in das Krankenhaus St. Jakob übergeführt. Seine Verletzungen sollen zum Glück nicht schwer sein, da die Projektile nicht tief in den Körper eingedrungen sind.

Schröder hat eine bemerke Vergangenheit hinter sich. Bei einigen Rechen hatte er sich aus feiner in der Johanniskirche gelegenen Wohnung entfernt, da er eine längere Zeitbesitzstrafe verhängen sollte. Er war mit Schlegel früher gut bekannt gewesen und hatte mit diesem zusammen gearbeitet. Inzwischen waren aus diesem Zusammenarbeiten Differenzen entstanden, welche auch die Gerichte beschäftigten. In den Projekten war Schröder unterlegen. Deshalb hatte er sich auf Schlegel geworfen. Dieser sah merkwürdig in den Schlegel mit einem gefälschten Brief nach dem Grundstück Thomasing Nr. 2 zu laufen. Als Schlegel nach dort kam und in den Hausflur eintrat, trat ihm unvermerkt Schröder entgegen und schloß sofort auf ihn. Schlegel brachte bei dieser Schießart dem Schröder einen wunden Hieb mit einem Spagietisch bei, wodurch der Mordbube am Kopfe verletzt worden ist. Schröder wird der Kgl. Staatsanwaltschaft zugestellt werden.

Wildbestand.

Reglingen, 9. Jan. Eine in der zweiten Hälfte vorigen Dezembers veranstaltete Wildschätzung ergab einen Bestand an Damwild von insgesamt etwa 9000 Stück. Davon entfallen auf den Oberförstbezirk Reglingen allein 1250 Stück. An zweiter Stelle steht Flanken mit 700 Stück.

Damit hat der Wildbestand in der Heide seinen noch niedrigsten Stand erreicht. Wenn man die noch vorhandene Anzahl Damwild auf die eingetragene Fläche von etwa 2500 Hektar verteilt, so kann selbst der Wildjäger ersehen, daß es nicht leicht ist, sich an einem Hirsch heranzunähern. Der Bestand der Reglinger Heide an Damwild ist früher bedeutend gewesen. Es waren es im Jahre 1846 weit über 10 000 Stück. Die Verhältnisse des Jahres 1848 blieben natürlich auch nicht ohne Einfluß. War es doch damals bei den Bewohnern der Heide üblich, ihren Wildbestand an den zahlreichen Wildschützen zu befehlen. Das Damwild ist im Jahre 1713 aus der Heide bei Potsdam hier eingeführt worden. Vorher herrschte das Rotwild vor, von dem man heute nur etwa 500 Stück zählt. Da die Heide mit einem hohen Wildgatter umgeben ist, kann das Wild nicht zur Jagd auf Felder usw. herausstreuen. Im Winter muß es gefüttert werden.

Magistratsdifferenzen.

Querfurt, 16. Jan. Eine Mitteilung des Beigeordneten Schneider im Namen der Magistratsmitglieder über die Magistratsdifferenzen vom Oktober v. J. lautet:

„In der Stadtordeamentenversammlung vom 7. Oktober v. J. dem Einführungstage der wiedergewählten Magistratsmitglieder Lahe, Keshob, Schmidt und Schneider, waren dieselben von dem Tone, der Handlung und den Worten des Herrn Bürgermeisters Müller überaus irritiert. In der Magistratsversammlung vom 11. Oktober erfolgte die Neuverteilung der Deputate durch den Magistratspräsidenten. Danach hat der Herr Bürgermeister die meisten Deputate übernommen trotz seines Rücktrates. Auf erhobene Beschwerden der Magistratsmitglieder beim Herrn Regierungs-Präsidenten von Gersdorff über alles Vorstehende ist denselben unter dem 30. Dezember v. J. ein Beileid zugegangen. Darin ist u. a. dem Herrn Regierungspräsidenten das scharfe Vorgehen des Herrn Bürgermeisters Müller gegen die Magistratsmitglieder nicht gerechtfertigt erschienen. Es habe bei dem Herrn Bürgermeister eine gewisse Unbilligkeit wegen der unbilligen Verhältnisse der Magistratsmitglieder, wegen der um des lieben Friedens willen erfolgten Beileidung derselben wie wegen der vom Herrn Deputaten des Herrn Regierungspräsidenten gewünschten Uebernahme möglichst vieler Deputate — ein dem Herrn Regierungs-Präsidenten unbenutzliches Mißverhältnis vorgelegen.“ Mit dieser Mitteilung beauftragt die Magistratsmitglieder die Angelegenheit für erledigt.

Niesleben, 15. Jan. (Neuer Amtsvorsteher.) Herr Gemeindevorsteher Dottle in Hitzleren ist zum Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Niesleben an Stelle des Herrn Amtsvorstehers Kersten, der wegen Krankheit sein Amt niederlegte, ernannt worden.

